



## Programm

**Moderation:** Dr. Nadja Salzborn, UBA

07.20 Uhr Öffnung des virtuellen Veranstaltungsräums

07.30 Uhr **Begrüßung**  
MinDirig 'in Birgit Schwenk, BMU,  
UAL 'in Grundsatzfragen der Umweltpolitik  
und des Umweltrechts

07.35 Uhr **"Wissenschaftliche Unterstützung des Rechtsschutzes in Umweltangelegenheiten in der 19. Legislaturperiode"**  
- Überblick zu den Ergebnissen des Forschungsprojekts  
Dr. Michael Zschiesche, Unabhängiges Institut für Umweltfragen e.V. (UfU)

07.45 Uhr **Impulse aus der Praxis**  
RA Rüdiger Nebelsiek, LL.M., Mohr Rechtsanwälte,  
Hamburg  
und  
Dr. Ulrich Gieseke, LL.M., Ministerium für Umwelt,  
Energie, Ernährung und Forsten, Rheinland-Pfalz

08.05 Uhr **Podiumsdiskussion**  
MdB Dr. Christoph Ploß, CDU  
MdB Klaus Mindrup, SPD  
MdB Dr. Bettina Hoffmann, Bündnis 90/Die Grünen  
MdB Ralph Lenkert, Die Linke

08.55 Uhr **Schlusswort und Ausblick**  
MinR Matthias Sauer, RefL G 13, BMU und  
MinR Dr. Jochen Gebauer, RefL G 12, BMU

## Informationen zur Veranstaltung

Die umweltrechtliche Verbandsklage steht weiterhin im Fokus der rechtspolitischen Debatte. Welche rechtlichen Möglichkeiten Umweltverbänden zustehen sollen, um die Einhaltung des geltenden Rechts zugunsten der natürlichen Lebensgrundlagen durchzusetzen, ist umstritten.

Das UmwRG regelt seit 2006, unter welchen Voraussetzungen anerkannte Umweltvereinigungen umweltrelevante Entscheidungen von deutschen Gerichten überprüfen lassen können.

Zuletzt traten Mitte 2017 Änderungen des UmwRG in Kraft. Mit der Novelle sind Erweiterungen des Anwendungsbereichs einhergegangen.

Die Veranstaltung ist Teil des FuE-Vorhabens „Wissenschaftliche Unterstützung des Rechtsschutzes in Umweltangelegenheiten in der 19. Legislaturperiode“ und gibt einen Überblick über die Ergebnisse des Forschungsprojekts.

Sie bietet Gelegenheit, im Rahmen eines virtuellen Formats neueste rechtsempirische Auswertungen zum Klagegeschehen und zur Dauer gerichtlicher Verfahren in Deutschland zu diskutieren.

# Impressum

**Herausgeber:**  
Umweltbundesamt  
Fachgebiet Fachgebiet Rechtswissenschaftliche Umweltfragen  
Postfach 14 06  
06813 Dessau-Roßlau  
Tel: +49 340-2103-0  
buergerservice@umweltbundesamt.de  
Internet: [www.umweltbundesamt.de](http://www.umweltbundesamt.de)

 /umweltbundesamt.de  
 /umweltbundesamt  
 /umweltbundesamt  
 /umweltbundesamt

## Bildquellen:

Titel- und Umschlagbild: Bild von Thomas Ulrich auf Pixabay

Stand: Juni 2021

# Anmeldung

**Zielgruppe:** Die Veranstaltung richtet sich an  
Bundestagsabgeordnete, Umweltvereinigungen, Gerichte,  
Behörden, die Wissenschaft, Anwältinnen und Anwälte,  
Wirtschaftsverbände und Vorhabenträger.

**Ort:** Die Veranstaltung findet als **Zoom-Video-Konferenz** statt.  
Einwahllink und technische Informationen erhalten  
angemeldete Teilnehmende rechtzeitig vor der Konferenz.

**Anmeldung:** **ausschließlich online**  
über die Internetseite des Veranstalters:  
<https://www.ufu.de/projekte-projekte-rechtsschutz-parlamentarisches-fruehstueck-2021/>

**Kosten:** Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenlos.

**Weitere Informationen:**  
<https://www.umweltbundesamt.de/parlamentarisches-fruehstueck-virtuell>

Die Veranstaltung wird vom Unabhängigen Institut für  
Umweltfragen e.V. (UfU e.V.) im Auftrag des  
Umweltbundesamtes und des Bundesministeriums für  
Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit durchgeführt.

**Unabhängiges Institut für Umweltfragen e.V.**  
Greifswalder Str. 4  
10405 Berlin

**Kontakt zum Veranstalter**  
Tel.: 030 /4284 993 41  
Email: [umweltrechtsschutz@ufu.de](mailto:umweltrechtsschutz@ufu.de)

# Hintergrund

Die Veranstaltung ist Teil des FuE-Vorhabens  
„Wissenschaftliche Unterstützung des Rechtsschutzes in  
Umweltangelegenheiten in der 19. Legislaturperiode“ und gibt  
einen Überblick über die Ergebnisse des Forschungsprojekts.

Zum Hintergrund des Forschungsvorhabens:

Mit der Novelle des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes (UmwRG)  
im Jahr 2017 hat der Deutsche Bundestag zugleich eine  
Entschließung angenommen, in der er die Bundesregierung  
auffordert, über die praktischen Erfahrungen im Vollzug der  
Novelle zu berichten.

# Fragestellungen

Zu den wesentlichen Punkten der Entschließung gehören zwei  
Fragen:

- Ist es durch die Gesetzesänderungen zu einer Zunahme  
von umweltrechtlichen Rechtsbehelfen nach dem  
UmwRG gekommen?
- Haben die Gesetzesänderungen zu einer signifikanten  
Verlängerung von Entscheidungsverfahren geführt?

# Projektbestandteile

Zentraler Bestandteil des Projekts ist die empirische  
Untersuchung des Verbandsklagegeschehens von 2017 bis  
2020.

Dabei knüpft das Vorhaben an die langjährigen Studien zur  
Praxis der Umweltverbandsklage in Deutschland an, die das  
UfU gemeinsam mit Prof. Dr. Alexander Schmidt durchgeführt  
hat.

Ergänzt wird der empirische Ansatz durch begleitende  
rechtswissenschaftliche Untersuchungen in Form von  
Gutachten zu Einzelaspekten, die sich aus der Reform des  
UmwRG ergeben haben. Hier werden unter anderem die  
Abschaffung der Präklusion und die neuen Möglichkeiten der  
Fehlerheilung beleuchtet. Öffentliche Veranstaltungen,  
darunter die Fachtagungen Forum Umweltrechtsschutz 2019  
und 2021 gaben Gelegenheit zum fachlichen Austausch.